

Solidarwerkstatt

für ein freies, solidarisches, neutrales und
weltoffenes Österreich

Waltherstr. 15, 4020 Linz

T 0732/771094, F 0732/797391

Mail: office@solidarwerkstatt.at

Web: www.solidarwerkstatt.at

Facebook: www.facebook.com/solidarwerkstatt

SOLIDAR WERKSTATT

für ein freies, solidarisches, neutrales und weltoffenes ÖSTERREICH

www.solidarwerkstatt.at



WERKSTATT-Rundbrief Nr. 18/2015

(8.9.2015)

- 1) Auf zur Demo und Menschenkette "Selbstbestimmung statt Wartelisten!", Di, 15. Sept. 2015, Linz
- 2) Humanitäre Visa! Sofort!
- 3) Staatsschutzgesetz: "A Geheimnis möcht i habn"
- 4) Griechenland/EU: "Euro is the problem - exit the solution!"
- 5) Verkehrspolitik: Zehn Argumente, warum wir den Westring verhindern müssen!
- 6) Offener Brief einer Therapiegruppe: "Intransparentes Sparen bei der OÖ GKK"
- 7) Werkstatt-Radio zum Thema IAEO
- 8) Das neue Werkstatt-Blatt ist da!
- 9) Antifaschismus: Rechte Klagsdrohung wegen Video über eine Solidarwerkstatt-Veranstaltung mit Hans Henning Scharsach
- 10) Solidarwerkstatt-Veranstaltungen in Wien und Linz
- 11) Weitere Kampagnen und Aktionen
- 12) Weitere Hinweise

zitiert:

"Zu sagen mich interessiert die Überwachung nicht, denn ich habe nichts zu verbergen, ist als würde man sagen, mich interessiert die Meinungsfreiheit nicht, denn ich habe keine Meinung."

(Edward Snowden)

(1) 15. September - Aufruf zu Demonstration und Menschenkette: Selbstbestimmung statt Wartelisten!



Aufruf zu Demonstration und Menschenkette

Kämpft mit uns gemeinsam für die Abdeckung des Bedarfs an Leistungen für Menschen mit Behinderung und kommt zur Demonstration mit anschließender Menschenkette um das Landhaus am **Dienstag, 15. September 2015 um 16 Uhr**, Treffpunkt: Martin-Luther-Platz in Linz.

Hier zu Aufruf und UnterstützerInnen

Aufruf

SELBSTBESTIMMUNG STATT WARTELISTEN!

Wer als Mensch mit Behinderung in OÖ eine Leistung nach dem Oö. Chancengleichheitsgesetz benötigt, schaut oft durch die Finger. Inzwischen sind bereits 5.416 Menschen mit Behinderung auf einer Warteliste gelandet. Davon warten mehr als 3.000 Menschen mit Behinderung auf einen Wohnplatz, mehr als 1450 Menschen mit Behinderung warten auf mobile Betreuung und mehr als 360 Menschen mit Behinderung haben vergeblich um persönliche Assistenz angesucht. Dies deswegen, weil die vom Land OÖ dafür vorgesehenen budgetären Mittel bei weitem nicht ausreichen.



Diese Situation ist katastrophal, weil für viele Menschen mit Behinderung diese Leistungen die Grundvoraussetzung sind, um überhaupt ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben führen zu können.

Deshalb ruft die Plattform „Bedarfsgerechte Persönliche Assistenz in OÖ“ dazu auf, am 15. September 2015 um 16 Uhr in Linz auf den Martin-Luther-Platz zu kommen und dann nach einer Zwischenstation auf dem Taubenmarkt vor dem Landhaus gemeinsam eine Menschenkette zu bilden, um eine Politik einzufordern, die sich an den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung orientiert und dafür ausreichend finanzielle Mittel bereitstellt.

Nur gemeinsam können wir etwas bewegen – alle Menschen mit und ohne Behinderung sind hier gefordert mitzuwirken. Zeige auch Du Dich solidarisch und komm zur Menschenkette! Du kannst gerne deine Transparente, Pfeifen, Trommeln, Rasseln, Megaphone oder sonstige Mittel, die sich zur Protestäußerung eignen, mitnehmen.

Plattform für bedarfsgerechte Persönliche Assistenz in OÖ
(Selbstbestimmt Leben Initiative OÖ, Inklusa, SOS Menschenrechte, IV-AG, IV-MB, Solidarwerkstatt)

Bei offenen Fragen wende Dich an Karin Holzmann von SLI OÖ: Tel.: 0732 /89 00 46 - 10 oder buero@sl-i-ooe.at.



Bei der Bewerbung helfen? Flyer und Plakate zum Weitergeben könnt ihr gern bei uns im Büro abholen, oder bestellen unter T 0732 77 10 94 oder office@solidarwerkstatt.at.

FreundInnen über Facebook einladen
<https://www.facebook.com/events/1631518363754673/>

Kommentar

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen!



Über 300 Menschen mit Behinderung warten in Oberösterreich vergeblich auf Persönliche Assistenz, die von Landesrätin Jahn auf das Jahr 2018 vertröstet wurden! Es bedarf aber rascherer Lösungen sowohl für die Bediensteten als auch die Menschen mit Behinderung. Am **15. September 2015, 16 Uhr** ruft die "Plattform für bedarfsgerechte Persönliche Assistenz in OÖ" zur **Demonstration mit anschließender Menschenkette** in Linz auf, um zu zeigen, dass wir entschieden für das Recht auf Persönliche Assistenz und für den raschen Abbau aller Wartelisten eintreten.

Es ist ruhig geworden um die nun beschlossenen Kürzungen bei Menschen mit Beeinträchtigungen. Nach den Verhandlungen am 12. Juni 2015 zeigten sich die Verhandlungspartner (Arbeitgeber, die Gewerkschaften GPA und vda, LH Josef Pühringer und Soziallandesrätin Gertraud Jahn) mit dem Ergebnis zufrieden und der für den 16. Juni geplante Streik gegen die Einsparungen im Behindertenbereich wurde kurz entschlossen abgesagt.

Die allgemeine Zufriedenheit ist dennoch völlig unangebracht, da in den nächsten fünf Jahren in diesem Bereich die Mittel um 12,5 Millionen „gedämpft“ werden, obwohl schon jetzt viele tausend Menschen, die den rechtlichen Anspruch auf Unterstützung nach dem Chancengleichheitsgesetz haben, vergeblich auf die entsprechenden Leistungen warten! Selbst Soziallandesrätin Jahn meinte: „Ein bedarfsgerechter Ausbau wird aber nur mit zusätzlichen Mitteln möglich sein.“

Auch die Arbeitsplatzgarantie, aufgrund derer die Gewerkschaft den geplanten Streik absagte, sollte niemanden zu voreiliger Begeisterung verleiten. Schon längst ist es Realität in vielen Betreuungseinrichtungen, dass Stellen, die aufgrund von Pensionierungen, Karenz oder Kündigungen frei werden, lange Zeit oder gar nicht mehr nachbesetzt werden. Für Langzeitkrankenstände gibt es ohnehin meist keinen Ersatz. Dass das gerade für jene ArbeitnehmerInnen, die wertschätzende und klientenzentrierte Arbeit leisten wollen, extrem belastend ist, weil sie ja trotzdem ihr Bestmögliches geben, versteht sich von selbst. Für die betroffenen Menschen mit Beeinträchtigungen bedeutet es eine sukzessive Entwicklung der Betreuungssituation in Richtung „warm-satt-sauber“.

Aber nicht alle wollen sich mit den geplanten Einsparungen in diesem für die Gesellschaft so wichtigen Bereich einfach abfinden! Über 300 Menschen mit Behinderung warten in Oberösterreich vergeblich auf Persönliche Assistenz. Sie wurden nun von Landesrätin Jahn in der Fernsehsendung OÖ-Heute vom 19. August auf das Jahr 2018 vertröstet! Schon zu Beginn des Sommers bildete sich deshalb die „Plattform für bedarfsgerechte Persönliche Assistenz in OÖ“, der neben verschiedener Vereine, Initiativen und Interessensvertretungen der Menschen mit Beeinträchtigungen auch die Solidarwerkstatt angehört. Es ist uns sehr wichtig, für eine Gesellschaft einzutreten, die ein menschenwürdiges Leben aller ihrer Mitglieder garantiert.

Es darf nicht länger sein, dass einerseits enorme Geldbeträge für diverse Projekte, Wahlwerbung, Bankenrettung, usw. problemlos „aus dem Ärmel gezaubert“ werden können und andererseits die Sozialleistungen immer rigider zurückgefahren werden. Auch wenn die EU durch den Fiskalpakt vorsieht, „den Sozialstaat zu einem Auslaufmodell zu machen“, wie es EZB-Chef Mario Draghi formulierte, heißt das noch lange nicht, dass man dies nun widerstandslos hinnehmen muss.

Abbau aller Wartelisten!

Es ist nun dringlicher denn je, dass alle, denen ein funktionierendes Sozialsystem für eine lebenswerte Gesellschaft unerlässlich erscheint, dies am **15. September 2015 ab 16 Uhr** auch aktiv kundtun! Da wird nämlich eine **Demonstration mit anschließender Menschenkette** um das Landhaus in Linz gebildet, um zu zeigen, dass wir entschieden für das Recht auf Persönliche Assistenz und für den raschen Abbau aller Wartelisten eintreten, auf denen Menschen mit Behinderung in OÖ stehen. Es versteht sich von selbst, dass dies nur gelingen kann, wenn sich wirklich viele daran beteiligen! Bitte nützt die Gelegenheit und helft mit, ein deutliches Zeichen zu setzen!

Susanne Müller
(Solidarwerkstatt)

(2) Flucht/Asyl: Humanitäre Visa! Sofort!



Schluss mit der österreichischen Beteiligung am EU-Krieg gegen Flüchtlinge:

Humanitäre Visa statt EU-Dublin-Schikanen!

Was bis vor wenigen Tagen noch als lästige Sache galt, von der vor allem die Mittelmeeranrainerstaaten, Griechenland und Italien, betroffen sind, hat auch uns erreicht. Nicht in Booten, sondern in LKWs: Flüchtlinge, die auf ihrer Flucht verreckt sind. Das EU-Establishment einschließlich unserer Regierung zeigt sich betroffen. Unser Außenminister Kurz legt einen fünf Punkte Plan vor, der vom Ministerrat verabschiedet wird. Was darin nicht vorkommt: wie wir unmittelbar den Flüchtlingen helfen können. Stattdessen wird an erster Stelle ein noch härterer Kampf gegen Schlepper angekündigt. Was fällt denen auch ein, die Toten zu uns zu bringen. An zweiter Stelle der bessere Schutz der EU-Außengrenze. Wir haben ja keine. Drittens die Errichtung von Schutzzonen in den Krisenregionen. Also in Regionen, für deren Destabilisierung das EU-Imperium wesentlich mitverantwortlich ist. Ein schöner Vorwand für die nächste „humanitäre Intervention“. Viertens Hilfe für die Balkan-Transitländer. Freilich, nur wenn sie brav die Flüchtlinge von uns fernhalten. Fünftens eine „faire“ Verteilung von Flüchtlingen in der EU gemäß einer verpflichtenden Quote. „Fair“ bezieht sich hier ausdrücklich nicht auf die Behandlung der Menschen, sondern ausschließlich auf die Deals mit denen das EU-Establishment das Menschenmaterial unter sich aufteilen soll.

Seit 20 Jahre ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Es heißt, das habe uns aus provinzieller Stumpfheit zu humaner Weltoffenheit geführt. Im Ergebnis zeigt sich, die EU-Mitgliedschaft hat uns zur Beteiligung an Verbrechen, für die dann niemand mehr verantwortlich sein will, geführt. Wir haben offene Grenzen für die freie Migration der Arbeitskräfte in der EU, mit dem Ergebnis einer mörderischen Konkurrenz der arbeitenden Menschen. Wir haben geschlossene Grenze für jene Menschen, die wirklich unserer Hilfe bedürfen.

Österreich ist ein kleines Land. Es kann die Tragödie, die in der und rund um die Festung Europa stattfindet, nicht einfach stoppen. Es kann aber die Beteiligung an einem Regime beenden, das über aufgezwungene Freihandelsverträge den Menschen in Nachbarregionen, die Lebensgrundlage entzieht. Es kann die Beteiligung an imperialen Abenteuern stoppen, die jene Staaten ins Chaos stürzen, die sich der Unterordnung unter diese Freihandelsregime verweigern. Es kann die Beteiligung am EU-Krieg gegen Flüchtlinge beenden. Und zwar sofort.

Die Solidarwerkstatt fordert deshalb von der österreichischen Bundesregierung:

=> die sofortige Erteilung humanitärer Visa für schutzsuchende Menschen, damit diese einen sicheren Weg aus Hunger, Elend und Tod bekommen.

=> Die sofortige Aufkündigung der EU-Dublin-Verordnung. Österreich hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Wir sind zur Hilfe verpflichtet. Wir können diese nicht mit Hilfe der Dublin-Verordnung abschieben. Niemand kann sich damit ausreden, er habe nicht geholfen, weil andere auch nicht geholfen haben. Jene Menschen, die in Österreich Schutz suchen, müssen wir Asyl gewähren. Wir haben aber keinen Grund, Flüchtlinge, die zu Verwandten und FreundInnen in andere EU-Länder weiterziehen wollen, daran zu hindern. Das ist „fair“.

=> Den sofortigen Ausstieg aus Frontex. Mit Frontex wurde Wien zu einer Drehscheibe für Massenabschiebungen aus dem EU-Raum

=> Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Auch wenn der deutschnationale Rechtsextremismus die öffentliche Debatte vor sich hertreibt, indem er seine Österreichfeindlichkeit mit Hetze gegen Schutzsuchende tarnt, wurde in den letzten Tagen offenkundig, dass die weit überwiegende Mehrheit aus Nächstenliebe und Solidarität bereit ist, hilfeschenden Menschen zu helfen. Wir fordern eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden in Österreich.

Höre zu diesem Thema im **Werkstatt-Radio**
[Nicht nur der Fisch blutet - ein Schlachtgesang](#)

(3) Staatsschutzgesetz: *"... A Geheimnis möcht i habn ..."*



... singt der Austrobarde Wolfgang Ambros in seinem Lied „A Mensch möcht i bleibn“. Doch „a Geheimnis zu habn“, Privates privat zu halten, wird in Zeiten wo Ängste geschürt und Sicherheit vor Freiheit die Devise ist, schwieriger. In Österreich sollen mit dem Polizeilichen Staatsschutzgesetz (PStSG) die Geheimdienste umfassende Befugnisse zum Bespitzeln der BürgerInnen bekommen. Der Begutachtungsentwurf löste heftige Kritik von Interessensvertretungen, Berufsgruppen und NGOs aus und erste Proteste gegen das geplante Bespitzelungsgesetz fanden in Innsbruck, Linz und Wien statt. Ungeachtet dessen beschloss der Ministerrat am 30. Juli eine Regierungsvorlage, die den ursprünglichen Entwurf zwar in einige Formulierungen entschärfte, aber in der Substanz manches sogar „verschlimmbesserte“.

Wir lehnen das geplante PStSG u.a. deshalb ab,

weil Körperschaften öffentlichen Rechts (AK, WK, ÖH, Sozialversicherungen,...), Behörden, Beförderungsunternehmen, Telekommunikationsdienste und sonstige Dienstleister zur Kollaboration bei der Bespitzelung mit dem Bundesamt verpflichtet werden.

weil es Bespitzelung ohne richterliche Kontrolle erlaubt - vielmehr soll sich die Behörde in Form eines „Rechtsschutzbeauftragten“ selbst kontrollieren. Gerät beispielsweise eine Person oder Gruppierung ins Visier der Behörden, müssen Telekom-Firmen und Provider jederzeit Standortdaten von Handys und Internetzugangsdaten ohne Gerichtsbeschluss liefern. Ob ein Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Privatsphäre eines Betroffenen auch im Einzelfall verhältnismäßig ist, wird nicht mehr überprüft, wenn die Genehmigung zur Bespitzelung einer Gruppe insgesamt vorliegt.

weil es auch den Einsatz von bezahlten V-Leuten, also von Spitzeln vorsieht, die in Gruppen eingeschleust werden sollen. Wohin das führt zeigt die Rechtsanwaltskammer anhand der neofaschistischen Partei NPD in Deutschland auf: *„Der Einsatz von sogenannten ‚V-Leuten‘ ist insbesondere auch im Hinblick auf das gescheiterte Verbot der NPD in Deutschland problematisch. Bekanntlich scheiterte das diesbezügliche Verbot in Deutschland daran, dass ca. die Hälfte der Führungsriege der NPD in Deutschland mit sogenannten ‚V-Leuten‘ des Deutschen Staatsschutzes durchsetzt bzw. besetzt war. ... Beispielsweise hat etwa der V-Mann Veteran Wolfgang Frenz für seine Dienste 1,6 Mil D-Mark (!!!) an Bargeld und sogenannter Spesenabgeltung erhalten, dies als Ausgleich für seine Tätigkeit als führendes Mitglied der NPD, deren Gründung nach seiner Aussage ohne die Gelder des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen gar nicht stattfinden hätte können.“* (aus: Stellungnahme Rechtsanwaltskammer zum PStSG, 12.5.2015)

weil gesammelte Daten von BürgerInnen lt. §13 Z1 bis zu sechs Jahre nach Ablauf der Ermächtigung gespeichert werden dürfen (12 Mal länger als bei der wegen Menschenrechtswidrigkeit aufgehobenen Vorratsdatenspeicherung!)

In Österreich sollen nun 10 Inlands-Spitzeleinheiten mit umfangreichen Befugnissen geschaffen werden. Gerhard Reissner, Vizepräsident der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter, kritisiert *„Hier werden zehn Geheimdienste ohne entsprechende Kontrolle geschaffen“*. Durch die Unübersichtlichkeit der Paragraphen und Zuständigkeiten sei vieles so schwammig, *„dass man das immer in Anspruch nehmen kann“*. *Es sei zudem „eigentlich ‚schizophren‘ dass es mit dem Argument des Staatsschutzes keine richterliche Kontrolle gibt, bei ‚normalen‘ Verbrechen aber schon“*.

Durch das PStSG wird die Weitergabe von Daten an ausländische Geheimdienste erleichtert. Denn nun dürfen auch Informationen von Sicherheitsorganisationen sowie von Organen der Europäischen Union zur Bespitzelung verwendet und Daten im Zuge der internationalen polizeilichen Amtshilfe auch an diese übermittelt werden. Dies erhärtet die Vermutung das dieses Gesetz offenbar in engem Zusammenhang mit den Ambitionen der EU-Kommission steht, die einen eigenen „EU-Geheimdienst

bis 2020 nach dem Vorbild der NSA“ (EU-Kommissarin Reding, zit. nach 06.11.2013, DiePresse.com) aufbauen will.

Futter für die Geheimdienste

Dass ein solcher EU-Geheimdienst angestrebt wird, darauf weist auch der Gleichklang in EU-Europa hin, mit dem derzeit solche oder ähnliche Spitzelgesetze eingeführt werden. Einige Beispiele: In Tschechien wurde vom Abgeordnetenhaus ein Gesetz verabschiedet ... das Steuer-, Fernmelde- und Bankgeheimnis einzuschränken. ... Im Bereich Telekommunikation dürfen dort die Dienste demnächst mehr Daten abschöpfen – ohne richterliche Genehmigung (Prager Zeitung, 16.7.2015).

Ein neues Gesetz ermächtigt die französischen Geheimdienste u.a. dazu Internet-Metadaten mithilfe von Black Boxes zu speichern, die die Geheimdienste bei Internet-Providern aufstellen dürfen – ohne Gerichtsbeschluss. Außerdem dürfen in großem Stil Verbindungsdaten mithilfe von Algorithmen ausgewertet werden, um eine *"terroristische Bedrohung"* aufzudecken. Neben der Terrorbekämpfung und *"wichtigen außenpolitischen Interessen"* ist dort beispielsweise auch von "industriellen und wissenschaftlichen Interessen" die Rede und der *"Abwehr von Angriffen auf Institutionen der Republik"*.

In Deutschland wurde ein Gesetz zur großflächigen und anlasslosen Überwachung des Straßenverkehrs erlassen und ein *"Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes"* der die Zusammenarbeit der 19 deutschen Geheimdienste untereinander, mit der Polizei, dem Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik und mit ausländischen Stellen, regelt. Die Bundesdatenschutzbeauftragte Voßhoff dazu: *"Bisherige Schranken für die Datenverarbeitung in zentralen Dateien fallen zu großen Teilen weg."*

Welche Konsequenzen und Gefahren sich für kritische NGOs, Gewerkschaften, engagierte Menschen aus derartigen Gesetzen ergeben können zeigt Spaniens neues „Gesetz zum Schutz des Bürgers“, im Volksmund *„Knebelgesetz“* (ley mordaza). Durch dieses Gesetz können unangemeldete Versammlungen und Demonstrationen vor öffentlichen Gebäuden mit bis zu 30.000 Euro und Protestaktionen innerhalb öffentlicher Gebäude mit bis zu 600.000 Euro geahndet werden. Wer unautorisiert Bilder oder Videos von Sicherheitskräften verbreitet, muss ebenfalls mit Strafen von über einer halben Million Euro rechnen.

Freiheit statt Angst

Als Solidarwerkstatt fordern wir:

- Keine Kriminalisierung von politischen Engagement,
- Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit
- Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte, Schutz vor Bespitzelung unserer Lebensgewohnheiten, Schutz unserer Privatsphäre wie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung beschlossen
- Wahrung von Berufs- und Redaktionsgeheimnissen
- Keine Vorverdächtigung („pre-crime“): Für jede Überwachungsmaßnahme müssen konkrete Verdachtsmomente und die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs begründet werden.
- Ausbau der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten und der Transparenz der Sicherheitsbehörden
- Richterliche Kontrolle statt „Selbstbevollmächtigung“ (RichterInnenvorbehalt als Rechtsschutzgarantie)

Bespitzelungsgesetze wie das PStSG legen den Grundstein für die Einschränkung der Meinungsfreiheit und des politischen Engagements. Wehren wir uns, bevor es zu spät ist! Die Proteste gegen das PStSG müssen im Herbst weitergehen. Die Regierungsvorlage zum Bespitzelungsgesetz soll im Herbst im Nationalrat beschlossen und bis 1. Juli 2016 in Kraft treten. Es ist also noch Zeit dieses Bespitzelungsgesetz zu verhindern. Wer sich mit uns gegen das Bespitzelungsgesetz engagieren möchte ist herzlich zum nächsten **Treffen der Plattform "Gegen das Staatschutzgesetz" am 10.9., 19h**, im Büro der Solidarwerkstatt, Waltherstraße 17, 4020 Linz, eingeladen.

Eveline Steinbacher

=> Das nächste Treffen der "**Plattform gegen des Staatsschutzgesetz**" findet am **10.9.2015, um 19h** im Solidarwerkstatt-Büro, Waltherstraße 15, 4020 Linz. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_extcalendar&Itemid=57&extmode=view&extid=903

(4) Griechenland/EU: "Euro is the problem - exit the solution!"



Zu diesem Resümee kam ein großes internationales Forum linker Anti-EU-Kräfte in Athen Ende Juni 2015. Interview mit Boris Lechthaler von der Solidarwerkstatt, der an diesem Treffen teilgenommen hat.

Boris, du warst Ende Juni in Athen bei einem Anti-EU-Forum. Was kannst Du von dieser Veranstaltung berichten?

Boris: Das Anti- EU Forum hat von 26. bis 28. Juni 2015 in Athen stattgefunden. Ausgerichtet wurde es von „MARS“, einem linken, außerparlamentarischen Bündnis in Griechenland. Bemerkenswert war zum einen die große Teilnehmerzahl. Teilweise waren weit über 500 Menschen anwesend. Vor allem viele junge Leute, was bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über 60% auch nicht verwundert. Beachtenswert war auch die breite internationale Beteiligung. Ich hörte ReferentInnen aus Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland, Österreich, auch aus Russland und der Ukraine.

Über welche Themen wurde bei diesem Forum debattiert?

Boris: Von der EU-Politik im Nahen Osten und der Ukraine bis zu Fragen der wachsenden Gefahr neofaschistischer Strömungen in Europa. Im Mittelpunkt standen aber doch die Entwicklungen in Griechenland, der Euro und die Konsequenzen, die sich für uns daraus ergeben. Die Vorträge und Diskussionen waren von einer klaren Sicht auf die EU als imperiales Elitenprojekt gekennzeichnet.

Das Forum fand in einer Zeit turbulenter Entwicklungen in Griechenland statt. Welche Rolle haben diese bei diesem Forum gespielt?

Boris: An diesem Wochenende wurde die Entscheidung der Syriza-Regierung bekannt, über die Forderungen der Gläubiger ein Referendum abzuhalten. Das hat zu einer spürbaren Belebung der Diskussionen geführt. Wobei sofort klar war, dass für ein OXI, ein Nein beim Referendum mobilisiert wird. Ein derartig klares Ergebnis von 62% konnte damals jedoch nicht vorausgesehen werden.

Wie sind die Menschen in Griechenland mit der Situation umgegangen?

Boris: Zunächst muss ich sagen, dass ich in einem Land mit einer voll funktionstüchtigen Gesellschaft angekommen bin. Ich hatte nicht den Eindruck völlig desolater Zustände. Auch die Menschen sind nach meinem Eindruck sehr gefasst und gelassen auf die Ereignisse zugegangen. Hysterie wurde mir erst wieder in Österreich in den Medien vermittelt. Ich muss aber dazu sagen, dass dies in der Zeit des Beginns der Unterbrechung der Liquiditätsversorgung war. Dennoch glaube ich, dass bewusst europaweit hysterisiert wurde, damit die Menschen ja nicht auf die Idee kommen, EU und Euro in Frage zu stellen.

Eine Woche später hat das Referendum stattgefunden, zwei Wochen später Tsipras waterboarding in Brüssel. Hat Ende Juni in Athen jemand diese Entwicklung vorausgesehen?

Boris: Ich glaube schon, dass es bewusste politische Kräfte in Griechenland gab und gibt, die das kommen sahen. Diese konnten sich aber wahrscheinlich nicht Gehör verschaffen. Teilweise gab es bei der Konferenz die Hoffnung ein OXI würde einen mehr oder weniger geordneten Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone einleiten. Ich sah das nicht. Denn es war zu dieser Zeit schon offenkundig, dass die Institutionen die griechische Regierung mit den ELA-Krediten völlig in der Hand haben. Mir war klar, dass, wenn das Referendum mit einem Nein ausgeht, sie an Griechenland ein Exempel statuieren werden. Allerdings habe ich mit einem monatelangen waterboarding gerechnet, quasi, dass jedes Mal, wenn die griechische Regierung nur eine Andeutung macht, nicht mitzuspielen, am Liquiditätsstrick gezogen wird. Dass bereits nach dem ersten Erstickenanfall die Sache entschieden ist, damit habe ich nicht gerechnet. Wir sollten uns davor hüten, dafür charakterliche

Eigenschaften des Regierungschefs oder anderer zentraler Akteure verantwortlich zu machen. Uns muss klar sein, dass ein Ausstieg aus dem Euro-Regime einer Kriegserklärung an das Imperium gleich kommt. Das ist nicht die Entscheidung zwischen der einen oder anderen politischen Maßnahme. Dafür braucht es eine tiefe Verankerung in der Gesellschaft mit einer entschlossenen, entscheidungs- und handlungsfähigen Führung.

Sind die weiteren Entwicklungen nicht Anlass für eine große Frustration der fortschrittlichen Kräfte in Europa?

Boris: Dass eine linke Regierung in der EU nunmehr gezwungen ist, eine knallharte neoliberale Agenda umzusetzen, ist sicherlich eine historische Niederlage der Eurolinken, jener Kräfte, die uns ständig etwas von einer solidarischen, friedlichen, usw. EU vorschwärmen. Anders aber als die deutsche Wiedervereinigung oder der Beitritt Österreichs zur EU können diese Ereignisse auch zum Markstein für die Herausbildung einer neuen emanzipativen Kraft werden.

Inwiefern Markstein?

Boris: Insofern Markstein, weil eine Grenze der Vernebelung, der Halluzinationen erreicht wurde. Klarsicht ist nicht mehr nur analytisch möglich, sondern durch die einfache Betrachtung der wirklichen Vorgänge.

Für Verlauf und Ergebnisse des 16 Stunden Gipfels wird vor allem die deutsche Regierung verantwortlich gemacht, namentlich Merkel und Schäuble. Die KPÖ und die deutsche Linkspartei meinen, es sei an den gesamteuropäischen Kräfteverhältnissen gelegen, dass Syriza mit ihrem Antiausteritätsprogramm gescheitert sei?

Boris: Erstens kannte man die Kräfteverhältnisse schon, als sie durch den Syriza-Wahlsieg eine neue Epoche in Europa hereinbrechen sahen. Ich habe schon vor dem linken Debakel in Brüssel vom 13. Juli gesagt, dass sich die Ereignisse selbst dann so entwickeln würden, wenn Tsipras in Berlin und Merkel in Athen regieren würde. Es wurde und wird ja viel über den ökonomischen Unverstand von Merkel und die Bosheit von Schäuble schwadroniert. Das alles lenkt von der wirklich wichtigen Frage ab: Warum ist die deutsche Regierung 25 Jahre nach der Wiedervereinigung so mächtig geworden? Stellt man sich die Frage so, erkennt man, dass die EU-Integration eine Maschinerie zur Entfaltung deutscher industrieller Macht ist. Die griechischen Ereignisse sind ja trotz aller Dramatik dafür ein Nebenschauplatz. Betrachtet man die Sache von der Produktionssphäre aus, so erkennen wir, in Mitteleuropa ist mit Deutschland im Zentrum, eine hochproduktive Kernzone entstanden, die selbst unter der Bedingung einer harten Währung – und nur als harte Währung kann der Euro zu einer Weltreservewährung werden, die den Dollar herausfordern kann – Exportüberschüsse erwirtschaftet. Die Analysen sind viel zu sehr dominiert vom Paradigma einer diffusen Globalisierung. Dabei wird übersehen, dass gerade im Fahrzeug- und Maschinenbau, in der chemischen Industrie, geographische Distanzen nach wie vor eine zentrale Rolle spielen. Die EU-Integration Österreichs, der Beitritt Tschechiens, Polens, der Slowakei, Ungarns, das waren die Voraussetzungen um tiefgestaffelte, hochkompetitive industrielle Wertschöpfungsketten aufzubauen, auf deren Grundlage wieder Herrschaftsanspruch im Weltmaßstab vorangebracht werden kann. Griechenland spielt dafür kaum eine Rolle. Griechenlands Bedeutung rührt eher aus seiner Lage am südöstlichen Rand Europas.

Siehst du die Chance aus den Erfahrungen in Griechenland also vor allem als Gewinn an Klarsicht auf die EU?

Boris: Ja schon, damit daraus eine Chance für die emanzipativen Kräfte auch in Österreich wird, muss die Klarsicht aber noch viel tiefer dringen. Es geht darum eine ganze Epoche linker Analyse und Politik zu bilanzieren. Wir müssen verstehen, dass am Beginn der neoliberalen Konterrevolution auch eine tiefe Krise der organisierten fortschrittlichen Kräfte gegeben war. Sie konnten die vielfältigen und mächtigen emanzipativen Impulse der 60'er und 70'er Jahre nicht mehr in konsistente Politik transformieren. Die einen reagierten darauf, indem sie sich in ihre Dogmen flüchteten, bis das ganze wie ein Kartenhaus zusammenbrach, die anderen, indem sie überhaupt aufhörten, die Verknüpfung von Transformation und politischer Macht zu thematisieren. Aus Gramscis wichtigen Beiträgen über Herrschaft und Hegemonie, wurde die Vorstellung einer nebulösen Verallgemeinerung der eigenen emanzipativen Ansprüche, mit dem Ergebnis, dass heute die neoliberale Ideologie schon längst keine Hegemonie mehr in der Gesellschaft hat, selbst aber eine linke Regierung gezwungen ist, neoliberale

Politik zu praktizieren.

Welche nächsten Schritte siehst du?

Boris: Das Personenkomitee „EuroExit gegen Sozialabbau“ kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese notwendigen Auseinandersetzungen bis in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Klar ist auch: auf griechische Probleme gibt es nur griechische Antworten. Für uns in Österreich ist die Situation noch prekärer, weil wir wieder einmal viel tiefer ins Imperium integriert sind. Die drei Pfeiler der Politik der Solidarwerkstatt – eine solidarische Gesellschaft in einem Solidarstaat Österreich – Austritt aus der EU – Selbstermächtigung von unten – sind, denke ich der richtige Ansatzpunkt.

(5) Verkehr: Argumente, warum wir den Westring verhindern müssen



Ab kommenden Jahr soll der Bau des A26-Westring-Autobahn mitten durch Linz begonnen werden. Aus - zumindest - zehn Gründen müssen wir das verhindern!

1 Vorgestrig, verantwortungslos und verlogen!

Alles, aber auch wirklich alles spricht dafür, dass wir eine umwelt- und menschenfreundliche Verkehrswende dringender denn je brauchen.

Globale Gründe – Treibhauseffekt, Klimawandel, Zu-Ende-Gehen des Erdölzeitalters – ebenso wie lokale – Linz erstickt im Autoverkehr, hohe Schadstoff- und Lärmbelastung, viel zu viele Tote und Verletzte im Straßenverkehr. Und was macht die Politik in Linz und Oberösterreich? Sie will mit dem A26-Westring ein Mega-Straßenprojekt durchdrücken, das noch mehr Autoverkehr in die Stadt hereinschauft, während die umweltfreundliche Alternative dazu auf dieser Strecke – die Mühlkreisbahn - eingestellt und durch eine Schmalspur-Regiotram ersetzt werden soll, die nur mehr die Hälfte der bisherigen Strecke bedient. Diese Politik ist vorgestrig, verantwortungslos - und verlogen.

2 Wer Straßen sät, wird Autoverkehr ernten!

Diese Politik ist verlogen, weil die verantwortlichen Politiker/innen wissen, dass die Versprechungen, mit denen sie dieses Autobahnprojekt mitten durch die Stadt begründen, nicht stimmen. Versprochen wird eine Entlastung staugeplagter PendlerInnen und verkehrsgeplagter BewohnerInnen. Studien, die von der ASFINAG (2007) bzw. dem Linzer Gemeinderat (2008) in Auftrag gegeben wurden, beweisen das Gegenteil. Anfänglichen Entlastungen in bestimmten Bereichen (z.B. Waldeggstraße Nord, Rudolfstraße) stehen erhebliche Mehrbelastungen in anderen gegenüber; z.B. Blumauerstraße (+31%), Kärntnerstraße (+86%), Gruberstraße (+17%), Dinghoferstraße (+16%), Goethestraße (+28%). Schon jetzt durchqueren 100.000 Fahrzeuge täglich den Bindermichl-Tunnel. Mit dem Westring werden bis 2030 122.000 Fahrzeuge vorhergesagt. Die Westbrücke überqueren derzeit 50.000 Fahrzeuge täglich, mit dem West-ring/A26 werden es 2030 täglich 78.000 Fahrzeuge sein. Die Staus werden also nur verlagert. Auch die anfängliche Entlastung auf der Nibelungenbrücke wird von der ASFINAG als so gering prognostiziert (-11%), dass der damalige Planungstadtrat und heutige Bürgermeister Klaus Luger eingestehen musste: *"Die Entlastung ist viel geringer als erwartet."* (ÖÖN, 14.7.2015) Und das dicke Ende kommt nach nicht einmal 10 Jahren: Dann ist selbst diese Entlastung wieder futsch! Und: Statt wie derzeit 47.000 Autos über die Nibelungenbrücke queren dann zusammen 85.000 Autos die Nibelungenbrücke und die neue errichtete Westringbrücke! Selbst der Projektbetreiber ASFINAG bestätigt damit: Wer Straßen sät, wird Autoverkehr ernten!

3 Verheerend für Gesundheit

Die Abgase von 30.000 täglichen Fahrzeugen sollen gebündelt jeweils an den Enden der Tunnelröhren hinausgeblasen werden, also in die Frischluftschneise des Donautals und ins Bahnhofsviertel. Ein von der ASFINAG beauftragter Mediziner hat festgestellt, dass die Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Westring in Bahnhofsfläche so hoch sein wird, dass es dort zu einem

Wohnungsverbot kommen soll. Im Bahnhofsviertel wohnen aber nicht nur Menschen, dort arbeiten mittlerweile viele tausend (Bahnhofstower, Wissensturm, Energie AG, Landesdienstleistungszentrum, Post, Musiktheater, usw.). Auch sie sind dann 8 bis 10 Stunden am Tag diesen enormen Schadstoffbelastungen ausgesetzt. Aufgrund des steigenden Verkehrsvolumens wird die Schadstoffbelastungen für alle LinzerInnen wachsen. Linz ist schon jetzt ein Luftsanierungsgebiet, die lungenschädlichen Abgase müssen daher endlich reduziert und dürfen nicht noch weiter erhöht werden! Eine Studie des Umweltbundesamtes hat ergeben, dass in Linz auf Grund der hohen Feinstaubbelastung die Lebenserwartung um 14 Monate unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Laut Umweltverträglichkeitsprüfung verkürzt der Westring statistisch die Lebenserwartung nochmals um ein halbes Monat. Auch die Lärmbelastung steigt für viele Menschen massiv an. Betroffen sind tausende Menschen in über 500 Wohnobjekten, darunter viele Mehrparteienhäuser. Hier sollen Lärmschutzfenster eingebaut werden. Verweilen auf Terrasse, Balkon oder Vorgarten und Schlafen bei offenem Fenster werden durch diese Dauerbeschallung aber für viele unmöglich.

4 Energieverschwendung

Der Westring ist eine Energieschleuder ersten Ranges - nicht nur bei der Errichtung, auch bei der Instandhaltung. Alleine die Beleuchtung der Tunnel verschlingt jährlich den Stromverbrauch einer Kleinstadt. Der Energieaufwand der motorisierten PendlerInnenwege auf der B 127 steigt mit dem Westring um 25% an.

5 Unwiederbringliche Naturzerstörung

Der Westring führt zu massiven Einschnitten in einer ökologisch besonders sensiblen Landschaft, dem Donautal entlang der „Urfahrer Wänd“. Baumrodungen und Sprengungen zerstören den Lebensraum von Pflanzen und Tieren (z.B. Wanderfalken). Dadurch wird die Artenvielfalt weiter reduziert. Auch der Erholungsraum des Menschen wird schwer beeinträchtigt: im Donautal, am Freinberg und im Bereich des Ziegeleiparks.

6 Neue EU-Transitschneise droht

Die ursprünglich geplante Nordvariante des Westrings (Tunnelverbindung unter dem Pöstlingberg zur A7) ist zwar vorerst auf Eis gelegt. Ob das nach Fertigstellung des Südabschnitts so bleibt, ist fraglich. Denn sobald dieser fertig ist, wird sich Druck auf eine Errichtung des Nordteils aufbauen, um für den Nord-Süd-Transit auf der Route Berlin-Triest eine weitere Schneise zu schlagen. Die Phyrnautobahn und die A7 sind Teil der „Transeuropäischen Netze“ (TEN), deren Ausbau von der EU gefordert und gefördert werden. In diesen TEN-Netzen Linz gilt als „Nadelöhr“ für den LKW-Transit. Die Westring-Trasse ist nach wie vor für den Süd- und den Nordteil gewidmet.

7 Unverschämt teuer

Schon in der Projektphase haben sich die Kosten der Westring-Stadtautobahn mehr als versechsfacht, von 100 Millionen Euro im Jahr 1999 bis jetzt zu offiziell eingestandenen Kosten von rd. 650 Millionen Euro heute. Bürgerinitiativen gehen angesichts dieser Kostendynamik wohl zurecht davon aus, dass in der Endabrechnung die Gesamtkosten bei über einer Milliarde liegen werden. Zum Vergleich: Damit könnte man allen erwachsenen LinzerInnen eine Jahreskarte der Linz-Linien schenken – 25 Jahre lang! Für diese 4,3 Kilometer lange Stadtautobahn wird das Geld beim Fenster rausgeworfen, das wir so dringend für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs benötigen, um zu verhindern, dass Linz in Abgasen und Stau erstickt. Noch ein Vergleich: Die umfassende Sanierung und Attraktivierung der Mühlkreisbahn wird auf 80 bis 100 Millionen Euro geschätzt - ein Bruchteil der Kosten des Westrings! Das ist nicht nur ökologischer, es ist auch viel effizienter: Auf der Breite eines Fahrstreifens können mit Autos 2.000, mit Bussen 9.000 und mit der Bahn 22.000 Personen pro Stunde durchgeschleust werden.



8 Mehr Arbeitsplätze durch Öffi-Ausbau

Der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs ist nicht nur ökologischer, er ist auch arbeitsintensiver. Eine WIFO-Studie belegt, dass beim Öffi-Ausbau mit demselben Geld um bis zu 60% mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Würden dieselben Summen anstatt in den Westring in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs investiert, könnten rund 5.000 Arbeitsplätze mehr geschaffen werden!

9 Es gibt Alternativen!

Die Verkehrspolitik in OÖ fördert einen Teufelskreis: Mehr Autos – mehr Straßen – mehr Autos – mehr Straßen usw. Die Folgen dieser autofixierten Verkehrspolitik kann man aus den Verkehrserhebungen ablesen. Zwischen 1992 und 2012 ist der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) von 55% auf 67,6% gestiegen; der Anteil des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) ist dagegen von 14,2% auf 10,2% und der Anteil des Mischverkehrs ÖV-MIV von 2,9 auf 1,9% gesunken. Besonders dramatisch ist diese Entwicklung beim PendlerInnenverkehr aus dem Oberen Mühlviertel (Bezirk Rohrbach) nach Linz. Der ÖV-Anteil sank im Zeitraum 1992 bis 2012 von 24% auf 13,6%, der ÖV-MIV-Mischverkehr von 10,2% auf 6,2%; der Autoverkehr (MIV) dagegen explodierte - von 63,1% auf 75,2%. Hauptgrund dafür: der ständige Ausbau von Straßen und die systematische Vernachlässigung des Öffentlichen Verkehrs. Mit dem Bau des sündteuren Westrings soll diese Fehlentwicklung beschleunigt werden. Dabei liegt die Alternative

auf der Hand: den Öffentlichen Verkehr fördern! Konkret: Mühlkreisbahn als Volleisenbahn ausbauen, die Langsamfahrstrecken sanieren, die Strecke elektrifizieren, den Takt verdichten, die Anbindungsmöglichkeiten (Park&Ride, Bike&Ride) verbessern, die Bahn Richtung Tschechien und Bayern verlängern und vor allem direkt in den Hauptbahnhof einbinden! Aus dem Bezirk Rohrbach pendeln täglich über 15.000 Menschen in die Nachbarbezirke, zum Großteil mit dem Auto, zum Großteil nach Linz. Mit den 650 Millionen, die der Westring zumindest kostet, könnte man jedem von ihnen eine Jahreskarte des OÖ-Verkehrsverbundes Rohrbach – Linz schenken – 137 Jahre lang! Geht man von den realistischeren Kosten in der Höhe von einer Milliarde aus, verlängert sich dieser Zeitraum auf 210 Jahre!

10 Für eine Verkehrswende!

Unser Aufruf an die politisch Verantwortlichen daher: Hört endlich auf, die PendlerInnen in Geiselhaft für Eure Unterordnung unter die Interessen der Automobillobby zu nehmen! Wir brauchen eine Verkehrswende! Also: Absolute Priorität für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität anstatt Megastraßenprojekten wie Westring, Ostumfahrung, Monsterautobahnbrücke, usw. Und unser Aufruf an die PendlerInnen: Viele von Euch leben am Land bzw. sind aufs Land gezogen, um Gestank, Umweltgiften und Lärm der Großstadt zu entfliehen. Das ist verständlich und sei allen vergönnt! Wenn Ihr mit dem Auto in die Stadt zur Arbeit fahrt, bezahlen aber die Menschen in der Stadt dafür den Preis, indem sie mit noch mehr Gestank, Umweltgiften und Lärm leben müssen. Wir wissen, dass es für viele von Euch noch keine wirkliche Alternative zum Auto gibt, weil die Verkehrspolitik die längste Zeit in die falsche Richtung gegangen ist. Umso wichtiger aber ist es, dass Ihr Euch nicht von einer autoindustriegogetriebenen Politik für Wahnsinnsprojekte wie den Westring missbrauchen lasst. Nach teilweisen, kurzfristigen Entlastungen wird es umso mehr Staus und Verkehr geben. Lassen wir uns nicht auseinanderdividieren, sondern kämpfen wir gemeinsam für eine umwelt- und menschenfreundliche Verkehrswende! Das hilft den Menschen am Land genauso wie denen in der Stadt!

Solidarwerkstatt Linz-Gruppe

Achtung vormerken:

Die INITIATIVE VERKEHRSWENDE JETZT! wird am **Fr, 16. Oktober 2015** eine **Demonstration gegen den Westring und andere geplante Megastraßenprojekte und für den Ausbau des**

Öffentlichen Verkehrs veranstalten.

Wer bei der Vorbereitung dieser Aktion mitmachen möchte, ist herzlich zum nächsten Treffen der INITIATIVE VERKEHRSWENDE JETZT! eingeladen: Mo, 28. Sept. 2015 (18 Uhr, Veranstaltungsraum Walthersstraße 15, 4020 Linz).

Kontakt: info@verkehrswende-jetzt.at

(6) Offener Brief: Intransparentes Sparen bei der OÖ GKK



Im Juli bekamen PatientInnen einer Psychotherapiegruppe die Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich zu spüren. Plötzlich, ohne Vorwarnung oder Therapieabschluss wurde der Großteil der PatientInnen mit der Begründung, dass die Therapie nicht weiter bezahlt werde, aus ihrer Gruppentherapie geworfen. Auf Nachfrage wurden die Betroffenen zwischen den verantwortlichen Stellen hin- und hergeschoben. Wir bringen hier ihren Offenen Brief der u.a. an die GKK OÖ und politisch Verantwortliche erging:

OFFNER BRIEF

Sehr geehrte Verantwortliche in der OÖ. Gebietskrankenkasse!
Sehr geehrte Verantwortliche der Gesundheitspolitik!

Am 21. Juli 2015 haben wir von unserer Gruppen-Psychotherapeutin erfahren, dass aufgrund von Sparmaßnahmen unsere Anträge auf weitere Therapiestunden rückwirkend ab 1. Juli 2015 nicht genehmigt werden. Nur jene Mitglieder der Gruppe können weiter an dieser Therapie kostenfrei teilnehmen, deren Verträge über den Verein PGA abgewickelt werden. Wir, deren Finanzierung der Gruppentherapie über den Verein OÖ. Gesellschaft für Psychotherapie abgewickelt wird, werden überfallsartig aus der Gruppe geworfen. Angemeldet für die Therapie haben wir uns alle über die Clearingstelle für Psychotherapie.

Nachfragen unsererseits bei den involvierten Stellen haben zu widersprüchlichen Informationen geführt. Die Verantwortung wird hin- und hergeschoben. Es mangelt für uns als PatientInnen und BeitragszahlerInnen in der Sozialversicherung jedenfalls an Transparenz.

Darüber empören wir uns, wir protestieren und wir fordern die OÖ. Gebietskrankenkasse auf, die Streichung unserer Gruppenpsychotherapie zurückzunehmen und uns sofort eine Fortsetzung zu ermöglichen – solange dies notwendig und medizinisch-therapeutisch geboten ist.

Die Nicht-Genehmigung unserer weiteren Gruppenpsychotherapie ist unsachlich und unbegründet: Völlig unverständlich ist, was unsere Gesundheitssituation von den in der Gruppe verbliebenen anderen PatientInnen unterscheiden soll. Die Vorgangsweise der GKK ist rein bürokratisch und es liegt keinerlei medizinische Begründung vor. Die Beendigung einer von einem (Fach-)arzt dringend empfohlenen Maßnahme braucht eine psychiatrisch-psychotherapeutische Begründung, die hier nicht vorliegt.

Mit dieser Streichung der Gruppentherapie wurde uns ein Abschluss des therapeutischen Prozesses verunmöglicht. Das gefährdet den Therapieerfolg. Wir wissen auch von den PatientInnen, die in der Gruppe verbleiben konnten, dass sie diese Vorgehensweise auch zutiefst verunsichert und diese überfallsartige Beendigung der Therapie auch negative Auswirkungen auf die Dynamik der verbliebenen Gruppe hat.

Da die meisten von uns ursprünglich bei der Clearingstelle für Psychotherapie für kostenfreie Einzeltherapie angefragt hatten, wissen wir, dass wir mit der Möglichkeit der Gruppenpsychotherapie sowieso auf die vergleichsweise kostengünstigere Therapieform verwiesen wurden. Für kostenfreie Einzeltherapie gibt es offenbar Wartezeiten bis zu 1½ Jahren. Das ist untragbar, weil nur wenige von

uns eine alternative Möglichkeit der Einzeltherapie über Institutionen haben. Diese wäre aber in vielen Fällen durchaus notwendig.

Für niemanden von uns ist aufgrund unserer sozialen Situation eine längerfristige Psychotherapie ohne Finanzierung durch das soziale Gesundheitssystem möglich. Jahrelang haben wir Sozialversicherungsbeiträge bezahlt, um dann auch Leistungen aus dem Solidarsystem zu bekommen, wenn wir sie dringend brauchen. Psychopharmaka, die meist recht großzügig und unkompliziert verschrieben werden, stellen nur einen Teil der Behandlung psychischer Erkrankungen dar. Dass Gesprächstherapie unbedingt geboten ist, dürfte mittlerweile hinlänglich bekannt sein.

Einigen von uns wurden längere stationäre Aufenthalte in Krankenhäusern und/oder Reha-Aufenthalte (finanziert durch die Pensionsversicherungsanstalt) ermöglicht. Beides ist im Vergleich zur Gruppenpsychotherapie sehr teuer. Beides braucht aber auch eine Nachbetreuung, um letztlich therapeutisch erfolgreich zu sein. Diese Möglichkeit wird uns nun gestrichen. Das wäre so, als ob man jemand nach einer Verletzung operiert, aber dann darauf verzichtet die Wunde zuzunähen, um sie heilen zu lassen. Man wartet nun einfach darauf, dass sie sich wohl wieder entzündet – mit unklarem Ausgang.

Volkswirtschaftlich - und selbst eng auf die ökonomische Situation der OÖ. Gebietskrankenkasse bezogen - erscheint uns diese Vorgehensweise unsinnig. Psychische Erkrankungen führen, wie auch bei einigen von uns, zu langen Krankenständen und haben, vor allem unbehandelt, massive Folgekosten. Ökonomisch, aber vor allem auch menschlich, ist es vernünftiger adäquate Therapien zeitnahe und umfassend anzubieten. Mehr an Prävention psychischer Erkrankungen wäre dringend notwendig. Ein Teil der Verantwortung dafür liegt bei den Krankenkassen. Eine immer brutaler werdende Arbeitswelt, die Menschen nur noch als beliebig disponierbares „Humankapital“ sieht, ist mitverantwortlich an vermehrten Burn-Outs, Mobbing-Situationen, leidvollen psychischen Erkrankungen, Krankenständen und (den ungerechtfertigter Weise sowieso eingeschränkten) Invaliditätspensionen.

Wir wehren uns entschieden gegen den vermeintlichen Sparzwang im Sozialbereich. Das gilt im übrigen auch für die Sparmaßnahmen durch das Land OÖ. bei den Vereinen pro mente OÖ und EXIT-sozial, die beide wertvolle und unverzichtbare Arbeit für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen leisten.

Wir fordern umgehend die Streichung der Gruppenpsychotherapie zurückzunehmen. Wir ersuchen um Kontaktaufnahme, um möglichst rasch zu einer medizinisch-therapeutisch wie menschlich konstruktiven Lösung zu kommen.

Grundsätzlich halten wir es für notwendig, ein bedarfsorientiertes und transparentes System der therapeutischen und medizinischen Versorgung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu entwickeln – denn das ist offenbar auch 2015 in einem der reichsten Länder der Welt noch immer nicht der Fall.

Mit freundlichen Grüßen

Die Gruppe der Von-einem-Tag-auf-den-anderen-aus-der-Gruppenpsychotherapie-Geworfenen

(7) Werkstatt-Radio: Hiroshima, Tschernobyl, Fukushima, Hinkley Point, Atomwaffen, ein Widerspruch? Nicht für die IAEO.

Diese IAEO (Internationale Atomenergie Organisation) soll laut Satzung „den Beitrag der Kernenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und vergrößern“, sie soll die Anwendung radioaktiver Stoffe und die internationale Zusammenarbeit hierbei fördern sowie die militärische Nutzung dieser Technologie (z. B. Proliferation von Kernwaffen) durch Überwachungsmaßnahmen verhindern.

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1311&Itemid=107

(8) Das neue WERKSTATT-Blatt ist da

Das Werkstatt-Blatt ist die Zeitung der Solidarwerkstatt. Hier ein Überblick zu den Themen der aktuellen Ausgabe 3/2015.

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1315&Itemid=34

=> Ein 10-Nummern-Abo kostet Eur 10,-; ein 5-Nummern-Abo Eur 6,- Ein Probeexemplar schicken wir gerne kostenlos zu. Bestellen unter: office@solidarwerkstatt.at

(9) Antifaschismus: Rechte Klagsdrohung wegen Video über eine Solidarwerkstatt-Veranstaltung mit Hans Henning Scharsach

Der Film über die Solidarwerkstatt-Veranstaltung "Wie verfassungsfeindlich sind Burschenschaften und FPÖ?" mit dem Journalisten und Autor Hans Henning Scharsach hat offensichtlich am rechten Rand für Nervosität gesorgt. Mit unüberhörbar antisemitischem Unterton wird mit Klage gedroht, wenn der Film nicht sofort von Dorf-TV abgesetzt wird. Wir meinen: Ein Grund mehr sich, diesen Film anzusehen und ihn weiterzuverbreiten. <https://www.dorftv.at/video/22572>

- Hier ein Kommentar des Solidarwerkstatt-Aktivisten Rudi Schober, der den Film erstellt hat: http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1316&Itemid=44

(10) Solidarwerkstatt-Veranstaltungen

Linz: Do, 17. September 2015, 19 Uhr

Alltag im postsozialistischen Russland

Mit Fotografien begleiteter Vortrag von **Elisabeth Öfner**, mit anschließender Diskussion

Ort: Solidarwerkstatt-Büro, Waltherstraße 15, 4020 Linz

Wie leben die Menschen in Russland 25 Jahre nach dem Ende des Sozialismus? Wie organisieren sie ihren Alltag? Was hält die Gesellschaft zusammen und wo gibt es Brüche?

Elisabeth Öfner kann durch langjährige Forschungsaufenthalte in Russland profunde Einblicke geben und wird so manche stereotype Bilder über Osteuropa ins Wanken bringen.

Mag.a Elisabeth Öfner, PhD cand., Kultur- und Sozialanthropologin

Wien: Di, 29. September 2015, 18.30 Uhr

Die Ratifikation von Freihandelsverträgen wie TTIP und CETA im Rahmen des EU-Lissabonvertrages

Diskussionsveranstaltung der Solidarwerkstatt Wien mit **Angela Pfister**, Abteilung Volkswirtschaft im ÖGB

Ort: DIDF-Lokal, Gudrunstraße 133, 1100 Wien

Der Widerstand gegen TTIP und andere Freihandelsabkommen wächst. Die Hoffnungen, sie zu verhindern orientieren dabei auf den EU-Rat und das EU-Parlament. Es ist aber fraglich, ob der Bundeskanzler in dieser Frage überhaupt ein Vetorecht hat. Auch die Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament sind eindeutig zugunsten dieser Freihandelsverträge. Nach wie vor ist unklar, ob die Verträge in den nationalen Parlamenten ratifiziert werden müssen. Wäre die Orientierung auf eine Volksabstimmung ein Weg TTIP zu stoppen?

Linz: Do, 8. Oktober 2015, 19 Uhr

Die Ereignisse in Griechenland und die Entwicklung einer emanzipativen Anti-EU-Strömung in Europa

Ort: Veranstaltungsraum in der Waltherstraße 15, Linz

Diskussionsabend mit **Willi Langthaler** (Personenkomitee EuroExit gegen Sozialabbau) und **Boris Lechthaler** (Solidarwerkstatt). Willi Langthaler und Boris Lechthaler waren von 26.-28. Juni 2015 bei einem europaweiten Anti-EU-Forum in Athen und werden davon und den Entwicklungen danach berichten, sowie die Perspektiven einer emanzipativen Anti-EU-Strömung diskutieren.

(11) Weitere Kampagnen und Aktionen

Treffen der **Plattform "60 Jahre Neutralität"**

So, 13. Oktober 2015, 15 Uhr

Ort: DIDF-Lokal, Gudrunstraße 133, 1100 Wien

Vorbereitung einer Straßenaktion am 26. Oktober 2015, dem 60. Jahrestag der immerwährenden Neutralität

Aufruf dazu siehe

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1300&Itemid=1

Treffen der "**Initiative Verkehrswende jetzt!**"

Mo, 28. September 2015, 18 Uhr, Veranstaltungsraum Waltherstraße 15, 4020 Linz

Weitere Informationen siehe www.verkehrswende-jetzt.at

Friedensbrücken - Friedens- und Gedenkfahrt - 70 Jahre Frieden in Österreich

Mit Elektroautos unterwegs zu besonderen Plätzen am „Weg des Friedens“.

Wir wollen Friedensbrücken bauen zwischen Gedenkstätten und Friedensinitiativen im oberen Waldviertel!

Am **Samstag, den 12. September 2015** startet in Gmünd eine außergewöhnliche Friedens- und Gedenkfahrt, eine Fahrt mit Elektroautos zu Gedenkstätten in Gmünd, Ceske Velenice und in Weitra

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1303&Itemid=89

Menschenkette rund um das Linzer Landhaus für bedarfsgerechte Finanzierung für Persönliche Assistenz

Dienstag, 15. September 2015 um 16 Uhr

Träger der Veranstaltungen ist die "Plattform für bedarfsgerechte Persönliche Assistenz in OÖ".

Mitglieder dieser Plattform sind: Selbstbestimmt Leben Initiative OÖ (SLI), Inklusa, SOS

Menschenrechte, IV-AG, IVMG, Solidarwerkstatt

Für weitere Infos: SLI OÖ

T 0732 /89 00 46 - 10 bzw. buero@sl-ooe.at.

Veranstaltung

Mobilität optimieren - Verkehr reduzieren!

Herausforderungen der Stadt- und Verkehrsplanung

Vortrag von Herrn Ass.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. **Kurt Fallast**

Eine Veranstaltung der Initiative "[Grüngürtel statt Westspange](#)"

Mittwoch, 16. September, 18 - 20Uhr

FH Campus Steyr, Hörsaal MAN

Petition unterstützen: Unser Gesundheitssystem braucht mehr!

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1304&Itemid=90

Solidarwerkstatt-Kampagnen:

Smart Meter - Nein Danke!

Nein zum Spion in unseren Haushalten!

Nähere Informationen:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1294&Itemid=1

Hochschulen für den Frieden

Ja zur Zivilklausel! Nein zur Kriegsforschung

Nähere Informationen:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1131&Itemid=80

Drohnen-Krieg - Nein Danke!

<http://www.solidarwerkstatt.at/Forum/KeineDrohnen.php>

MINUS 10%: Mehrwertsteuer auf Wohnungsmieten und Betriebskosten abschaffen!

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1192&Itemid=1

Parlamentarische Bürgerinitiative: "FAIR-HANDEL(n) statt FREI(?)HANDEL!"

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1128&Itemid=1

(9) Gastkommentare und weitere Hinweise

Diskussionen und Gastkommentare siehe

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=65&Itemid=92

LeserInnenbriefe siehe

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=241&Itemid=92

In der Solidarwerkstatt zu bestellen:

Buch: "Gegen den Strom - Politische Predigten und Reden von Franz Sieder"

Franz Sieder ist Betriebsseelsorger aus Amstetten, ein Pfarrer, der sich seit Jahrzehnten an der Seite der ArbeiterInnen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft, an der Seite der Gewerkschaften und der Friedensbewegung engagiert. Nähere Informationen zu diesem Buch hier:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1177&Itemid=50

Buchbestellungen an: office@guernica-verlag.at bzw. T 0664-1540742

DVD: Auf den Spuren des antifaschistischen Widerstands im Salzkammergut

Rudi Schober führt uns in seinem Filmdokument in einer Zeitreise zum Widerstandsnest „Igel“ der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Willi-Fred“ auf der Rettenbacher Alm bei Bad Ischl. Referent: Dr. Wolfgang Quatember (Widerstandsmuseum Ebensee).

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1176&Itemid=1

Werkstatt-Blatt - die Zeitung der Solidarwerkstatt

10-Nr-Abo Eur 10,-; 5-Nr.Abo Eur 6,- Ein Probeexemplar schicken wir gerne kostenlos zu. Bestellung: office@solidarwerkstatt.at

aus dem Inhalt der aktuellen Ausgabe:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=24&Itemid=34

Musik: CDs von WanDeRer und Hans Breuer können in der Solidarwerkstatt zum Vorzugspreis von 15,- Euro erworben werden.

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1286&Itemid=71

Mehr Bücher und Materialien:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=30&Itemid=50

Aktuelle Termine auf www.solidarwerkstatt.at

Werkstatt-Radio - Radio der Solidarwerkstatt auf Radio FRO. Hier zum Nachhören:

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=75&Itemid=107

Facebook - liken!

www.facebook.com/solidarwerkstatt

Die Arbeit der Solidarwerkstatt Österreich erfordert nicht nur viel Engagement und Zeit, sie kostet auch Geld. Für Alle, die unsere Tätigkeit auch finanziell unterstützen möchten, hier gerne unsere Bankdaten:

Solidarwerkstatt Österreich, IBAN: AT42 3477 7000 06274146, BIC: RZOO AT2L 777 Raiffeisenbank Perg.

Besonders freuen wir uns über Daueraufträge, da diese die Planung unserer Projekte und Aktionen erleichtert.

Vielen Dank für Eure/Ihre Unterstützung!

Solidarwerkstatt Österreich